

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 14 · 24. Oktober 2006 · www.cducsu.eu



Verfassungsprozess neu beleben

Für eine „Wiederbelebung des Verfassungsprozesses“ hat sich der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, bei einem Treffen mit den Mitgliedern der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament in Straßburg ausgesprochen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Hartmut Nassauer, begrüßte diese Position und forderte den Kommissionspräsidenten dazu auf, die Arbeit der Kommission stärker auf das Ziel der Entbürokratisierung und Vereinfachung der Gesetzgebung zu konzentrieren.

Inhalt

Peter Liese:
Neuartige Therapien
Seite 2

Thomas Mann:
Betriebsrenten
Seite 3

Elisabeth Jeggel:
Tierschutz
Seite 5

Albert Deß:
Agrarpolitik
Seite 6

PETER LIESE:

Patienten und Biotechnologie-Industrie einen Bären dienst erwiesen

SOZIALLIBERALE MEHRHEIT LEHNT VORSCHLAG ÜBER
NEUARTIGE THERAPIEN AB

Eine Mehrheit vor allem aus Sozialdemokraten und Liberalen hat im federführenden Ausschuss für Umwelt und Gesundheit den Vorschlag des slowakischen Christdemokraten Miroslav Mikoľášík zu neuartigen Therapien abgelehnt und damit eine große Enttäuschung bei den Betroffenen hervorgerufen.

Der Mikoľášík-Bericht basiert auf einem Vorschlag der Europäischen Kommission zur besseren Unterstützung und Kontrolle von Gentherapie und Zelltherapie. Dabei geht es zum Beispiel um die Behandlung von Verbrennungsoffern durch bearbeitete Zellen aus dem Körper Erwachsener. Die in diesem Bereich tätigen Unternehmen klagen darüber, dass sie ihre Produkte nicht europaweit anbieten können, da in allen Ländern sehr komplizierte und unterschiedliche Zulassungsverfahren gelten. Nach dem Mikoľášík-Vorschlag sollten diese Therapien in Zukunft europaweit zugelassen werden. Zuständig soll ein bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) in London eigens dafür ein-



Peter Liese MdEP

gerichteter Expertenausschuss sein. Der Berichtersteller schlug einige wichtige Änderungen an dem Kommissionsvorschlag vor und erhielt dafür nicht nur die Unterstützung der gesamten EVP-ED-Fraktion, sondern auch die Mehrheit im wichtigen Rechtsausschuss des EP. Er nahm bei der Formulierung seines Vor-

schlags auch wichtige Anliegen der deutschen Industrie auf. Hier ging es besonders um verbesserte Bedingungen für den Mittelstand.

Auf der anderen Seite war in dem Vorschlag aber auch eine Präzisierung der ethischen Grenzen vorgesehen. Hier ging es um Dinge, die der neutrale Betrachter vielleicht als Selbstverständlichkeit ansieht, die aber trotzdem zu Kontroversen führten. Der Bericht sah vor, die Herstellung von Mischlebewesen aus Mensch und Tier zu verbieten, und er bekräftigte das in vielen europäischen Richtlinien und Verordnungen bereits festgeschriebene Verbot des Eingriffs in die menschliche Keimbahn, d.h. das Verbot der gezielten

Veränderung des Erbguts zukünftiger Generationen.

Diese Verbote waren für Sozialdemokraten und Liberale Anlass, den gesamten Vorschlag abzulehnen: „Ich bin sehr zufrieden mit der Abstimmung. Es wurde deutlich gemacht, dass einzelne Lebensanschauungen nicht über das Schicksal und die Gesundheit von 450 Millionen Menschen entscheiden dürfen.“ Dies erklärte die zuständige Verhandlungsführerin der sozialdemokratischen Fraktion. Die Position der Sozialdemokraten steht im deutlichen Widerspruch zu der Meinung der betroffenen Unternehmen. Der Verband, der die meisten Unternehmen in diesem Bereich vertritt, äußerte sein Bedauern. „Der BPI ist enttäuscht über das negative Abstimmungsergebnis. Der Ausschuss hat mit seiner Entscheidung sowohl den Patienten als auch

der Industrie einen Bärenienst erwiesen. Viele Patienten warten auf Therapien, die heute schon möglich und nicht in dem umstrittenen Bereich angesiedelt sind.“

Aus der Abstimmung muss man meiner Meinung nach zwei Konsequenzen ziehen. 1. Die Bedeutung der ethisch umstrittenen Anwendungen der Gen- und Biotechnologie für Wirtschaft und Patienten wird bei weitem überschätzt. Die meisten Anwendungen der Gen- und Biotechnologie sind aus ethischer Sicht unstrittig und sollten daher vorbehaltlos unterstützt werden. 2. In ihrer Besessenheit, auch begründete ethische Grenzen niederzureißen, schrecken Sozialdemokraten und Liberale auch vor Rückschritten für Patienten nicht zurück. Dies zeigt, dass eine solche Position ideologisch und nicht an der Sache orientiert ist.

THOMAS MANN:

Etappensieg zur Sicherung der deutschen Betriebsrenten

DEUTSCHES BETRIEBSRENTENSYSTEM DARF NICHT DURCH
EUROPÄISCHE EINHEITSREGELUNGEN ZERSTÖRT WERDEN

Am 4. Oktober beschloss der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des EP, die Abstimmung zum Bericht über die Portabilität von Betriebsrenten um drei Monate auf Januar 2007 zu verschieben. Damit wurde auf die große Unzufriedenheit mit den vorgelegten Entwürfen rea-

giert, die zu einer erheblichen Gefährdung des freiwilligen Betriebsrentensystems in Deutschland geführt hätten.

Damit haben wir einen wichtigen Etappensieg für mehr als 8,5 Millionen Arbeitnehmer und ihre Arbeitgeber in Deutschland errungen. Auch

unsere holländischen Nachbarn sind höchst unzufrieden: Die Mitglieder des Parlaments der Niederlande, pikanterweise Heimat der Berichterstatteerin, forderten einstimmig das Veto ihrer Regierung im Rat. Die deutsche Bundesregierung hat sich ebenso gegen die Pläne der EU-Kommission ausgesprochen.

Mit meinen Änderungsanträgen setze ich mich für die Sicherung eines bewährten Systems ein, das in Deutschland ein Volumen von 250 Milliarden Euro hat und von den Sozialpartnern gemeinsam gewollt ist. Umstritten ist die Kürzung der Unverfallbarkeit von fünf auf zwei Jahre. Sie hätte zur Folge, dass Unternehmen Beiträge zur Betriebsrente im Falle des Berufswechsels an den neuen Arbeitgeber übertragen müssten, wenn der Beschäftigte nur zwei Jahre im Betrieb gearbeitet hat. Der Bundesrat befürchtet Mehrkosten von 20 Prozent. Eurostat-Daten zeigen, dass Arbeitnehmer in der EU im Schnitt 10,6 Jahre in einem Unternehmen bleiben. Die geplante Verkürzung ist nur für „Job-Hopper“ zwischen den Mitgliedstaaten von Vorteil, die nicht einmal 1,5 Prozent aller in der EU Beschäftigten ausmachen.

Auch der Vorschlag, das Mindestalter für den Erwerb von Zusatzrentenansprüchen auf 21 Jahre herabzusetzen, ist abzulehnen. In der Altersgruppe der unter 30-Jährigen ist der Anteil an Berufsweschlern besonders hoch.



Thomas Mann MdEP

Eine derartige Senkung wäre mit erheblichen Zusatzkosten für die Unternehmen verbunden.

Ein drittes Problem: Die EU-Kommission will, dass die Rentenansprüche ausgeschiedener Arbeitnehmer künftig im gleichen Maße an die Inflationsrate oder das Lohnniveau angepasst werden wie die Ansprüche

der im Unternehmen verbleibenden Mitarbeiter. Dieses würde den Grundgedanken, Betriebstreu zu belohnen und damit Personalbindung zu schaffen, über Bord werfen. Die Folge wären Mehrkosten von 30 Prozent, wie der Deutsche Bundesrat errechnete. Ausgeschiedene Mitarbeiter können nicht die gleichen Vorzüge haben wie betriebstreu Arbeitnehmern.

Die Zeit wird jetzt für Einzelgespräche mit den Europaabgeordneten in meinem Ausschuss genutzt, um sie mit unserem deutschen System vertraut zu machen. Vor allem Abgeordnete aus den neuen Mitgliedstaaten kennen unsere Tradition nicht. Kein Wunder, dass sie nur vier der über zweihundert Änderungsanträge stellten. Das erfolgreiche und freiwillige deutsche Betriebsrenten-Zusatzsystem darf nicht durch europäische Einheitsregelungen zerstört werden!

Thomas Mann (CDU Hessen) ist stellv. Vorsitzender des Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.

ELISABETH JEGGLE:

Überragende Mehrheit im Plenum für Aktionsplan Tierschutz

EU-WEIT EINHEITLICHES MINDESTNIVEAU BEIM TIERSCHUTZ GEFORDERT

Mit 565 zu 29 Stimmen bei 15 Enthaltungen hat das Plenum des Europäischen Parlaments den Bericht der CDU-Europaabgeordneten Elisabeth Jeggle zum Aktionsplan Tierschutz 2006 bis 2009 angenommen. Die Parlamentsberichterstatteerin zeigte sich sehr zufrieden mit dem Ausgang der Abstimmung. „Mit dem Tierschutzaktionsplan sollen die bisher auf unterschiedliche Kommissionsdienststellen, Räte und Politikfelder verteilten Tierschutzaktivitäten der Gemeinschaft gebündelt und noch besser strukturiert werden. Diesem Ziel sind wir jetzt ein erhebliches Stück näher gekommen“, erklärte Elisabeth Jeggle nach der Plenarabstimmung in Brüssel.

Es sei klar, dass es sich beim Thema Tierschutz um ein emotionales und politisch äußerst sensibles Thema handle. „In der Europäischen Union muss ein einheitliches Mindestniveau beim Tierschutz entsprechend den spezifischen Bedürfnissen und Anforderungen der Tiere selbstverständlich sein. Allerdings sind wir auch der Auffassung, dass für alle legislativen Tierschutzmaßnahmen eine exakte Folgen-



Elisabeth Jeggle MdEP

abschätzung erforderlich ist. Es ist erfreulich, dass sich diese vom Agrarausschuss mitgetragene Auffassung jetzt auch im Plenum mehrheitlich durchgesetzt hat“, so Elisabeth Jeggle weiter. So habe sich der Tierschutz in der Europäischen Union in den vergangenen Jahren bereits erheblich verbessert. Dies gelte auch und gerade für die Tierschutzbemühungen im wissenschaftlichen Bereich. „Auf der Grundlage weiterer Forschung unterstützten wir hier alle Bemühungen, Tierversuche noch stärker als bisher durch alternative Verfahren zu ersetzen. Allerdings müssen dafür dann auch die entsprechenden Mittel aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm konsequent zur Verfügung gestellt werden“, forderte die CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg.

Die Berichterstatteerin unterstrich ferner ihre Auffassung, dass wissenschaftlich exakt fundierte Tierschutzindikatoren die sicherste Grundlage zur Weiterentwicklung eines praktikablen Tierschutzes darstellten: „Der von mir jetzt vorgelegte Grundlagenbericht

2006 bis 2010 beschreibt jedoch bewusst keine spezifischen Einzelmaßnahmen, sondern konzentriert sich auf die korrekte Anwendung und Durchsetzung der bereits bestehenden Tierschutzbestimmungen einschließlich der Forderung nach einer positiven Tierschutzkennzeichnung zur sachgerechten Verbraucherinformation“. Elisabeth Jeggle forderte die EU-Kommission abschließend auf, Wettbewerbsverzerrun-

gen und vorhandene Mängel etwa bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen zum Beispiel aus Brasilien, die in die Europäische Union eingeführt werden, klar und deutlich zu benennen. „Wettbewerbsverzerrungen schaden der europäischen Landwirtschaft und den Verbrauchern. Deshalb müssen sich die geforderten Tierschutzstandards auf europäischer Ebene positiv auf unsere Wettbewerbsfähigkeit auswirken“.

ALBERT DEß:

Keine Importabhängigkeit bei Lebensmitteln

VERSORGUNG DER BEVÖLKERUNG IN ERSTER LINIE AUS EUROPÄISCHER PRODUKTION DECKEN

„Investitionen in der Landwirtschaft zur Ernährungssicherung“, so lautet das Motto des Welternährungstages 2006. Für Albert Deß, agrarpolitischer Sprecher der CSU-Europagruppe, wird damit unterstrichen, welche wichtige Bedeutung den Bauern bei der Versorgung der Bevölkerung mit ihrem „täglichen Brot“ zukommt.

Die Landwirtschaft hat die Aufgabe, langfristig die Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln zu sichern. Um Lebensmittel für die ständig zunehmende Weltbevölkerung bereitstellen zu können, sind Investitionen in Land, Gebäude und Maschinen notwendig.

In Zeiten des Klimawandels ist es zunehmend auch in Staaten der entwickelten Welt nicht mehr selbstverständlich, dass im Inland eine ausreichende Lebensmittelversorgung gesichert ist. Australien etwa kämpft mit

einer Dürre, die die Getreideversorgung erheblich schrumpfen lässt. Beim Weizen wird eine Ernte von 10 Millionen Tonnen erwartet, die sonst übliche Erntemenge liegt bei 25 Millionen Tonnen. Sollten die Prognosen eintreffen, ist mit einer Knappheit zu rechnen, wie sie in den letzten Jahren noch nicht da gewesen ist.

Für Albert Deß macht dieses Beispiel deutlich, dass man die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in erster Linie aus europäischer Produktion decken muss. Die Europäische Union kann es sich mit bald 500 Millionen Menschen schlichtweg nicht leisten, sich in die Abhängigkeit von Lebensmittelimporteuren zu begeben. Wenn die Lebensmittelproduktion nicht mehr vor Ort erfolgt und Drittländer wegen Engpässen nicht liefern, müssten letztendlich die Verbraucher eine bittere Zeche zahlen.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Pöttering zum EP-Präsidenten-kandidaten nominiert

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat den Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU) einstimmig zu ihrem Kandidaten für die Präsidentschaft des Europäischen Parlaments ab Januar 2007 nominiert. Die beiden Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, **Hartmut Nassauer** (CDU) und **Markus Ferber** (CSU) sprachen dabei von einem „wichtigen Vertrauensbeweis“.

Die Amtszeit des derzeitigen Parlamentspräsidenten **Josep Borrell** läuft turnusmäßig zum Jahresende 2006 ab. Die Wahl des neuen Parlamentspräsidenten ist für Januar 2007 vorgesehen. Seine Amtszeit beträgt zweieinhalb Jahre und endet mit der nächsten Europawahl im Juni 2009. Hans-Gert Pöttering ist seit 1979 Mitglied im Europäischen Parlament und vertritt dort die Regionen Osnabrück, Grafschaft Bentheim, Emsland und Ostfriesland. Er ist CDU-Kreisvorsitzender im Landkreis Osnabrück und seit dem Jahre 1999 Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion, die mit 264 Abgeordneten die stärkste politische Gruppierung im Europäischen Parlament ist. Pöttering ist zudem Mitglied im Präsidium der Europäischen Volkspartei (EVP) sowie Mitglied im Präsidium und im Bundesvorstand der CDU Deutschlands.

■ Rassistische Äußerungen verurteilt

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), hat die rassistischen Äußerungen eines bulgarischen Beobachters im Europäischen Parlament scharf verurteilt. In einem Email an alle Europaabgeordneten beschimpfte der fraktionslose **Dimitar Stoyanov** die EVP-ED-Abgeordnete **Livia Jaroka**, nachdem diese für ihre Arbeit als Vertreterin der Roma-Minderheit für eine Auszeichnung nominiert worden war. Pöttering forderte den Rückzug Stoyanovs aus dem Europäischen Parlament: „Wir rufen die zuständigen bulgarischen Stellen dazu auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit Herr Stoyanov aus dem Europäischen Parlament abberufen wird, da es für ihn keinen Platz gibt unter europäischen Politikern“.

■ Ehrendoktorwürde für Hans-Gert Pöttering

Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, hat die Ehrendoktorwürde der Babeş-Bolyai-Universität in Cluj-Napoca (Klausenburg/Kolozsvár) in Rumänien erhalten. Der Titel wurde vom Akademischen Rat der Universität in Anerkennung des hervorragenden Engagements von Hans-Gert Pöttering für die europäische Einigung und die institutionelle Entwicklung der Europäischen Union verliehen.

■ **Türkei muss Reformprozess intensivieren**

Mit 429 Ja-Stimmen gegen 71 Nein-Stimmen hat das Europäische Parlament den Türkei-Bericht des EVP-ED-Berichterstatters **Camiel Eurlings** (Niederlande) angenommen – ein großer Erfolg für die EVP-ED-Fraktion. Der Bericht bemängelt eine Verlangsamung der Reformprozesse in der Türkei und fordert das Land zu stärkeren Anstrengungen auf. Die Verlangsamung des Reformprozesses zeige sich an „anhaltenden Mängeln oder unzureichenden Fortschritten“ insbesondere auf dem Gebiet der Meinungsfreiheit, der Religions- und Minderheitenrechte, der Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Militär, den Frauenrechten oder den kulturellen Rechten. Die Türkei wird deshalb „dringend aufgefordert, den Reformprozess zu stärken“. Im Hinblick auf die Grundrechte und -freiheiten seien in den letzten Jahren nur begrenzte Fortschritte zu vermelden. So gebe die Nichtachtung der Frauenrechte in der Türkei weiterhin Anlass zu Besorgnis, und es seien weitere Anstrengungen erforderlich, um die diskriminierenden Praktiken und die Gewalt gegen Frauen zu beseitigen. Der Bericht verlangt zudem von der Türkei, ihre Zypernpolitik zu ändern. Bisher weigert sich die Türkei wie in dem Abkommen zur Zollunion vorgesehen, ih-

re Häfen und Flughäfen für Schiffe und Flugzeuge auch aus Zypern zu öffnen. Darüber hinaus müsse sich die Türkei dem Völkermord an den Armeniern stellen und eine aktive Vergangenheitsbewältigung betreiben. Der Bericht macht zudem deutlich, dass die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei um einen möglichen EU-Beitritt des Landes ein „Prozess mit offenem Ausgang“ ist.

■ **Fremdsprachenunterricht an Schulen verbessern**

Das Europäische Parlament fordert eine bessere Fremdsprachenausbildung an Europas Schulen. Damit nahm das Plenum einen Bericht von **Christopher Beazley** (Großbritannien) an, der auch fordert, dass Schülerinnen und Schüler bereits in der Grundschule mindestens zwei Fremdsprachen lernen. Neben einer erweiterten Sprachkompetenz fordert die Entschließung, Schulkinder müssten besser über die Geschichte und das kulturelle Erbe Europas sowie die Institutionen und Arbeitsweise der Europäischen Union unterrichtet werden. Diese Elemente könnten die nationalen Lehrpläne ergänzen, aber nicht ersetzen.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@dcdusu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.